

EDITORIAL

❖ Nie zuvor hat ein amerikanischer Präsidentschaftswahlkampf außerhalb der Vereinigten Staaten eine so große Aufmerksamkeit gefunden wie die Kampagne McCain versus Obama. Den Sieg trug Barack Obama davon. Er wird der erste farbige Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika werden. Das ist eine Sensation für ein Land, in dem noch vor wenigen Jahrzehnten Rassendiskriminierung herrschte und in dem mehr als die Hälfte aller Gefängnisinsassen Afroamerikaner sind, obwohl ihr Anteil in der Gesamtbevölkerung nur dreizehn Prozent beträgt. Amerika und die Welt sind im Obama-Taumel. An diesen gewählten Präsidenten werden Erwartungen gestellt, die von niemandem zu erfüllen sind. Auch die europäische und insbesondere die deutsche Politik sind gut beraten, von dem Charme und Charisma des neuen Mannes im Weißen Haus keine Wunder zu erwarten. Er übernimmt das Ruder in einer der schwersten Wirtschaftskrisen, er hat Ausstiegswägen aus zwei Kriegen zu finden und seinem Land wieder neues Selbstvertrauen zu verschaffen. (Dazu wird das Januar-Heft der *Politischen Meinung* mit seinem Amerika-Schwerpunkt eine Reihe von weiterführenden Analysen anbieten.)

Als feststand, dass Obama gewählt war, hat McCain eine der wichtigsten Reden seines Lebens gehalten, in der er feststellte: „Ich wünsche dem Mann, der einmal mein Gegner war und bald mein Präsident sein wird, viel Glück auf seinem Weg.“ Auch wenn McCain bei einigen seiner Anhänger mit dieser Äußerung Missfallen hervorrief, unterstreicht diese Formulierung einen fundamentalen Unterschied in der politischen Kultur Amerikas und Deutschlands. Diese Szene erinnert kontrastierend an den



Abend der letzten Bundestagswahl, als Bundeskanzler Gerhard Schröder der heutigen Bundeskanzlerin Angela Merkel das „Recht“ absprach, seine Nachfolgerin zu werden. Auch wenn die Präsidentschaftskandidaten sich in ihrer Kampagne gegenseitig die Regierungsfähigkeit abgesprochen haben, als Patrioten haben sie sich gegenseitig immer respektiert.

Ein anderes kontrastierendes Beispiel lieferte der 4. November 2008 in Wiesbaden, an dem ein zweiter Anlauf der SPD-Spitzenkandidatin Ypsilanti zur Wahl zur hessischen Ministerpräsidentin geplant war. Am Vortage wurde bekannt, dass zusammen mit Dagmar Metzger drei weitere Landtagsabgeordnete Frau Ypsilanti nicht wählen würden. Sie begründeten ihre Weigerung mit dem gebrochenen Wahlversprechen, in keinem Fall mit der Linken zusammenzuarbeiten. „Verräter, Schweine, Verkommenheit“, mussten sich die dissidenten Abgeordneten anhören, obgleich sie nur von dem für die Demokratie unverbrüchlichen Recht des freien Mandates Gebrauch gemacht und darauf verzichtet hatten, in der Anonymität der geheimen Wahl ihre Weigerung kundzutun. Ihre Gewissensbildung, die in ihrer Konsequenz den Bruch der Parteoyalität in Kauf genommen hat, wurde sogar der Käuflichkeit verdächtigt. Dass die vier Abweichler die Glaubwürdigkeit ihrer Gewissensentscheidung dadurch unterstreichen, dass sie eine abrupte Beendigung ihrer politischen Karriere in Kauf nehmen, blieb weitgehend ausgeblendet. Von Amerikas politischer Kultur können wir noch viel lernen. ♦

Wolfgang Bergsdorf

Wolfgang Bergsdorf